

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

**Bezirk
Nordrhein-Westfalen**

**Stellungnahme
des DGB Bezirk NRW**

**über die Vereinbarung zur
Zusammenarbeit von SPD und Bündnis 90/Die
Grünen in der RVR Verbandsversammlung**

**und zur Stellungnahme der Industrie- und
Handelskammern im Ruhrgebiet**

Düsseldorf, 20. April 2010



Vorbemerkung

Die Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet haben Anfang April 2010 eine Stellungnahme zur Vereinbarung über die Zusammenarbeit von SPD und Grünen in der Versammlung des Regionalverbandes Ruhr für die Wahlperiode von 2010 bis 2014 versendet.

Den Kammern geht es nach eigenen Angaben um „Anregungen bei der weiteren Gestaltung des Ruhrgebietes“, um die „Interessen der regionalen Wirtschaft“ zu vertreten. Dies wird vom DGB im Grundsatz soweit begrüßt, wie „die“ regionale Wirtschaft nicht nur Gewerbetreibende, sondern auch die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gleichwertig berücksichtigt.

Seit Mitte April sind nun aber verstärkt Presseveröffentlichungen zu finden, in denen die IHK-Vertreter Industriestandorte im Ruhrgebiet auch durch den RVR „torpediert“ und „Unheil drohen“ sehen, „wenn es für Schwarz-Gelb (nach der Landtagswahl) nicht reicht“ (Karl F. Schulte-Uebbing, Hauptgeschäftsführer der IHK zitiert in „Wirtschaft empört über Rot-Grün“ in der Recklinghäuser Zeitung am 15.04.2010).

Zeitpunkt und Inhalt der Verlautbarungen der Ruhrgebiets IHKen erwecken den Eindruck, als ginge es den Kammern mit ihrer Kritik an der rotgrünen Vereinbarung im RVR darum, im Vorfeld der Landtagswahlen Stimmung zu machen, um einen Regierungswechsel in Düsseldorf zu verhindern.

In diesem Falle würden die IHKen ihre Aufgabe verfehlen, das Gesamtinteresse der ihnen zugehörigen Gewerbetreibenden ihres Bezirkes wahrzunehmen und auf eine angemessene Förderung der gewerblichen Wirtschaft hinzuwirken.

Diesen Fehler werden die IHKen nicht machen wollen. Vor allem mit Blick auf eine verbesserte regionale Industriepolitik im Revier ist eine sach- und fachlich begründete Abstimmung von Inhalten und Positionen - auch mit den Gewerkschaften - Erfolg versprechender.

Der DGB legt deshalb (in einem ersten Schritt) seine Auffassung zur Vereinbarung von SPD und Grünen und zur diesbezüglichen Stellungnahme der IHKen vor.

1. Präambel

Die Herausforderungen des Wandels der Metropole Ruhr zu einer modernen Dienstleistungs- und Industrieregion und zu einer Bildungs-, Wissens- und Kulturmetropole werden in der Präambel zu Recht angesprochen.

Auch der DGB NRW nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass die Arbeitslosigkeit sowohl im SGB II wie auch im SGB III-Bereich in den RVR-zugehörigen Städten und Kreisen überdurchschnittlich hoch, die Erwerbstätigenquote und die Existenzgründungsquote dagegen unterdurchschnittlich ist und auch der Anteil der Beschäftigten in der Industrie an allen Beschäftigten im Landesvergleich nach wie vor unter dem Durchschnitt bleibt.

Auch die Quantität und die Qualität der Bildungsabschlüsse und die Angebots/Nachfrage-Relation auf dem Ausbildungsstellenmarkt erreichen nicht die Werte von NRW ohne den RVR-Bereich (vgl. z.B. Bericht über das Bildungswesen in der Metropole Ruhr - Vorstudie Dezember 2009).

Diese strukturellen Defizite zu bekämpfen und gleichzeitig vorhandene Chancen und positive Entwicklungen zu unterstützen und zu nutzen, ist eine große Aufgabe für alle Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Unter dem Druck der Folgen der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem 2. Weltkrieg wird es für den Regionalverband aus Sicht des DGB in der Wirtschaftsförderung v. a. um zwei Aufgaben gehen müssen:

1. Industriepolitik im Sinne einer nachhaltigen Stärkung bestehender und neuer Industrien und Dienstleistungen.
2. Regionalentwicklung durch koordinierte Stärkung des Bildungswesens und der Kultur.

2. Industriepolitik

Mit der Regionalplanung, der Flächenpolitik und mit der Wirtschaftsförderung wirkt der RVR aktiv an der Gestaltung der Rahmenbedingungen für Industrie und Dienstleistungen mit.

Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen strukturellen Besonderheiten des RVR-Gebietes halten wir es für richtig, Zukunftsbilder für das Ruhrgebiet zu entwickeln und zu konkretisieren.

Der DGB geht davon aus, dass sowohl die Kammer- wie die Arbeitnehmervertreter in geeigneter Weise in diesen Prozess und in den Ideenwettbewerb einbezogen werden.

Ursprünglich wurde newPark von der Industrie- und Handelskammer als „Sonderwirtschaftszone“ konzipiert, in der abweichende rechtliche Rahmenbedingungen erprobt und praktiziert werden sollten. Inzwischen ist newPark auch durch Interventionen von Kommunen und Gewerkschaften in der Region eine besondere Fläche für großflächige Industrieansiedlungen im nördlichen Ruhrgebiet. Die Gewerkschaften setzen sich mit ihren Mitteln für den Erfolg von newPark und für industrielle Großansiedlungen auf der Fläche ein. Engagement erwarten wir auch von anderen Akteuren und vom RVR.

Engagement und Erfolg hängen jedoch nicht davon ab, ob sich der RVR institutionell an der „newPark“-Projektgesellschaft beteiligt. Die damit möglicherweise verbundenen Vorteile z.B. für die Vermarktung können auch auf anderem Wege erzielt werden - z.B. indem eine oder mehrere Gebietskörperschaften der RVR-Region der Projektgesellschaft beitreten.

Die IHK geht in ihrer Stellungnahme auf einen ganz wichtigen Punkt nicht ein, den die Kooperationsvereinbarung wenigstens streift. Dabei geht es um die Akzeptanz industrieller Projekte und Infrastrukturen in der Bevölkerung. Ohne diese Akzeptanz drohen Neuinvestitionen in Industrien auf Dauer geschwächt und die Umsetzung regionaler Planung juristisch und politisch zermürbt zu werden (vgl. die Kooperationsveranstaltung der wmr vom 15.04.2010).

Die Sicherstellung der Umweltverträglichkeit ist ein wichtiger Faktor von Akzeptanz. Auch die Vorteile industrieller Investitionen für Arbeitsplätze in der Region, Ausbildungsplätze für Jugendliche und Finanzkraft der Kommunen z.B. für soziale Projekte sind herauszustellen. Letztlich brauchen wir einen aktiven und frühzeitigen Dialog der gesellschaftlich relevanten Gruppen über die industriellen Vorhaben in der Region.

Der pauschale Vorwurf oder die Unterstellung von Industrie-feindlichkeit gegen SPD und Grüne hilft überhaupt nicht weiter. Der von der CDU-/FDP-Regierung forcierte Ausstieg aus der Steinkohleförderung z.B. war der einschneidendste politische Beitrag zur Deindustrialisierung der Region in den letzten Jahren. Die IHKen des Ruhrgebietes haben im Gegensatz zu den Gewerkschaften nicht einmal öffentlich widersprochen. Immerhin gefährdet diese Absicht insgesamt rd. 54.000 Arbeitsplätze, davon mindestens 12.000 Industriearbeitsplätze direkt in den Zechen im Revier.

Die regionale Strukturpolitik im Revier muss deshalb dringend der weiteren Deindustrialisierung entgegensteuern. Auch deshalb, weil die ehemaligen Bergbauregionen vor allem im nördlichen Ruhrgebiet nicht zu deindustrialisierten Armutsbereichen verkommen.

Auch die restriktiven Erlasse der schwarz-gelben Landesregierung gegen die Windenergie haben den Ausbau der Windenergie zum Nachteil von Herstellern und (potenziellen) Nutzern in der Region behindert. Auch dazu haben wir von den IHKen wenig gehört.

Also: Auch im RVR selbst sollten die Positionen zur Industrie im Ruhrgebiet offen diskutiert und Gemeinsamkeiten und Unterschiede identifiziert werden.

Bei einer solchen Diskussion könnte sich im Übrigen auch zeigen, dass eine Unterscheidung in „konventionelle“ und „ökologisch nachhaltige“ Branchen für die Zukunft praktisch wenig geeignet ist.

3. Bildung und Kultur

Der DGB unterstützt die Erstellung von Masterplänen für Bildung und für Kultur im RVR-Bereich.

Bildung und Qualifikation werden zu einem immer entscheidenderen Wettbewerbsfaktor für Betriebe und für Regionen. In kaum einem anderen Land ist der Bildungserfolg junger Menschen so stark von der sozialen Herkunft abhängig wie in der Bundesrepublik.

Im Ruhrgebiet ist die Armutsquote von Kindern mit knapp 25% deutlich höher als im restlichen NRW-Gebiet. Aus dieser brisanten Kette ergeben sich besondere Herausforderungen für den RVR. Wer eine Lehrstelle sucht, hat es im Ruhrgebiet besonders schwer. Auf 100 Nachfrager/innen kommen z.B. im nördlichen Ruhrgebiet weniger als 40 betriebliche Ausbildungsstellen.

Alle Prognosen zeigen, dass sich diese Krise auf dem Ausbildungsmarkt im Jahr 2010 weiter verschärfen wird.

Die Ausbildungsplätze in den Betrieben müssten trotz der Wirtschaftskrise erhalten bleiben und Weitere hinzukommen. Ausgelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten übernommen werden. Die Verringerung oder sogar Verzicht auf Ausbildung und Übernahme schädigt die Zukunftschancen des Unternehmens, der Industrie und des Standortes Ruhrgebiet insgesamt. Ein auswahlfähiges Angebot für alle jungen Menschen, die eine berufliche Ausbildung machen wollen, ist also das Mindeste, für das sich die IHKen offensiv engagieren müssten.

Schulabgänger die keinen Platz finden und dann bereits im Frühjahr oder im Sommer in verschiedene Übergangsmaßnahmen oder sog. Warteschleifen abgedrängt werden, tauchen in der dann zum Herbst vorzulegenden politischen Lehrstellenbilanz nicht mehr auf.

Verlässliche Zahlen sind notwendig, damit eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen garantiert und bereitgestellt werden kann. Dies wäre auch eine Aufgabe für die IHKen, die in diesem Bereich Verantwortung tragen aber in ihrer Stellungnahme leider gar nichts dazu sagen.

Auch fehlt jeglicher Hinweis auf ein viel zu geringes Studienplatzangebot für den Doppeljahrgang 2013. Statt der doppelten Anzahl stellt die Landesregierung NRW nur 20.000 der benötigten zusätzlichen 90.000 Studienplätze zur Verfügung. Damit droht ein echter „brain out“ auch für die Wirtschaft des Ruhrgebietes.

Fazit

Insgesamt lässt das Koalitionspapier von SPD und Grünen im RVR ein klares Bekenntnis für eine aktive Strukturpolitik erkennen, die Stärken stärken, aber Schwächen auch minimieren will. Es grenzt sich damit von der Strukturförderpolitik des Landes NRW ab, die EU-kofinanzierte Fördermittel unabhängig von der Situation der Regionen in NRW vergibt.

Dem von der EU geforderten „regionalen Ausgleichzielen“ zur Behebung von regionalen Defiziten in der Beschäftigungsfähigkeit oder der regionalen Wirtschaftsstruktur wird weniger Aufmerksamkeit und Förderung gewidmet. Darauf hinzuweisen, hätte den IHKen des Ruhrgebietes sicher viel Glaubwürdigkeit eingetragen und wäre ein Bekenntnis zur Beschleunigung des sozialverträglichen Strukturwandels im Revier gewesen.

Aber was nicht ist, kann ja noch werden: In einem neuen regionalpolitischen Dialog für die Zukunft des Ruhrgebietes. Der DGB wirkt daran gerne mit und freut sich auf die Diskussion auch mit den Industrie- und Handelskammern.